

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/84

Bonn, den 3. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Heute schreibt Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, München

1	<u>Die armen Verwandten</u> Kurzsichtige Finanzpolitik des Bundes	37
2 - 3	<u>Bundesregierung darf nicht untätig bleiben</u> Sozialdemokrat macht Aussperrung unwirksam Von Fritz Eschiesche	94
4	<u>Ein Lichtblick</u> Gute Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und sowjetischen Roten Kreuz	35
5 - 6	<u>Die Militärs in Lateinamerika</u> Generäle beschatten die Wahlen Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	74
6	<u>Willkür</u> Südafrika auf dem Wege zum Faschismus	21

Chefredakteur Günter Markscheffel

Heute schreibt Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, München:

Die armen Verwandten
Kurzsichtige Finanzpolitik

Der Bund und die Länder streiten wieder einmal um die Verteilung der Lohn- und Einkommensteuer. Der Bund möchte seinen Anteil von 35 Prozent auf 40,5 Prozent und später auf 41,5 Prozent erhöhen. Die Länder haben das in der ersten Runde abgelehnt, doch die Auseinandersetzung geht weiter.

Die deutschen Städte und Gemeinden verfolgen diesen Streit mit gemischten Gefühlen. Wenn zwei sich streiten, so heißt es zwar, dann lacht der Dritte. Aber den Gemeinden ist das Lachen gründlich vergangen. Denn sie wissen aus Erfahrung, daß sie regelmäßig die Zeche zu zahlen haben. Auch diesmal wird das so sein. Setzt der Bund seine Forderung durch, dann wirkt sich das auf dem Wege des Steuerverbundes unmittelbar auf die Gemeinden aus. Behaupten sich die Länder, dann bedeutet das auch nur Erhaltung des Status quo und keine Verbesserung.

Dieser Status quo ist für die Gemeinden unerfreulich genug. Ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen betrug 1913 37 Prozent; 1926 30 Prozent. Heute ist er auf 13 Prozent gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil des Bundes und der Länder von 63 Prozent auf 87 Prozent. Nimmt man nur die Steuermehreinnahmen der letzten 5 Jahre, also die Zuwachsrate, so liegen die Verhältnisse noch ungünstiger: Nur 11,3 Prozent der Mehreinkünfte flossen an die Gemeinden, ein gutes Drittel an die Länder und der Löwenanteil - mehr als die Hälfte - an den Bund.

Dieser Entwicklung entspricht auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Gemeinden mit 73,2 Milliarden DM höher verschuldet sind als die Länder und der Bund zusammen.

- * Die Städte und Gemeinden spielen also in unserer
- * Finanzverfassung die Rolle der armen Verwandten.
- * Der Bund tut nichts, um diesen Zustand zu ändern.
- * Im Gegenteil, mit seinen jüngsten Forderungen
- * nimmt er auch noch den Ländern die Mittel, mit denen
- * sie ihren Gemeinden hätten helfen können und, wie
- * mehrere Beispiele zeigen, auch hätten helfen wollen.

Das ist eine kurzsichtige Finanzpolitik. Büßen wird sie der Bürger. Denn die Armut der Gemeinden ist seine Armut. Und wenn er im Verkehrsgewühl stecken bleibt, wenn er im Krankenhaus keinen Platz findet, wenn seine Kinder noch immer unter dem Schichtunterricht leiden - dann muß ihm in Zukunft noch deutlicher gesagt werden: Die Verantwortlichen dafür sitzen nicht im Rathaus sondern in Bonn.

+ + +

Bundesregierung darf nicht untätig bleiben

Sozialdemokrat machte Aussperrung unwirksam

Von Fritz Zschesche

Die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Metallindustrie haben nach dem durch die IG Metall ausgerufenen Schwerpunktstreik in den Tarifgebieten Baden-Württembergs, an dem zunächst nur 100 000 Metallarbeiter beteiligt waren, durch die Aussperrung von insgesamt 350 000 Metallarbeitern eine entscheidende Verschärfung erfahren. Die Arbeitgeber behaupten, daß es sich bei der Anwendung dieses Mittels, das zum letzten Mal vor 35 Jahren angewandt wurde, um Notwehr gegenüber der Streiktaktik der IG Metall handle. Diese Darstellung ist schon deshalb unglaubwürdig, weil die Arbeitgeber, statt in ernsthafte Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages einzutreten, die Serie der Provokationen bereits mit der Forderung nach einer unbefristeten Lohnpause begannen und ständig neue Gesichtspunkte - wie Aufschiebung der vertragsmäßig festgelegten Arbeitszeitverkürzung und Abschluß der von ihnen ständig hinausgeschobenen Schlichtungsvereinbarung - in die Debatte warfen.

Hinzu kommt, daß es gerade die Arbeitgeberverbände waren, die in ihrer Propaganda immer wieder auf den aus Arbeitskämpfen resultierenden großen volkswirtschaftlichen Schaden hinwiesen und versuchten, das verfassungsrechtlich zulässige Mittel des Streiks in der Öffentlichkeit als ein den heutigen Verhältnissen nicht mehr angepasstes Relikt einer klassenkämpferischen Vergangenheit abzuwerten.

Machtpolitische Auseinandersetzung

Den metallindustriellen Unternehmern geht es seit Beginn dieser tariflichen Auseinandersetzungen offensichtlich nicht mehr um eine unter Berücksichtigung der Konkurrenzfähigkeit und der wirtschaftlichen Lage ihrer Betriebe vertretbare Lohn- und Gehaltserhöhung ihrer Beschäftigten, sondern um eine machtpolitische Auseinandersetzung mit der Absicht, die IG Metall finanziell auszubluten und darüber hinaus die gesamte Gewerkschaftsbewegung auf lange Zeit in ihrer Aktionsfähigkeit lahmzulegen. Nur dieses Ziel verfolgt die totale Aussperrung, deren volkswirtschaftlicher Schaden in keinem Verhältnis zu der von der IG Metall geforderten Lohnerhöhung für die Beschäftigten der Metallindustrie steht.

Angeichts dieser gegenüber den Interessen der Allgemeinheit verantwortungslosen Haltung der Arbeitgeber, bleibt zu überlegen, welche Schritte von den für das Allgemeinwohl verantwortlichen politischen Kräften unternommen werden müssen, um diesem Willkürakt der Arbeitgeber bereits wirkungsvoll zu begegnen. Staatliche Zwangsschlichtung wäre sicher das ungeeignetste Mittel und möglicherweise die Konsequenz, die die Arbeitgeber durch ihr Verhalten, trotz ständig wiederholter anderslautender Erklärungen, provozieren möchten, um sich der lästigen tariflichen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften ein für alle Mal zu entledigen.

Daß es für eine verantwortlich handelnde Regierung in einer solchen Situation durchaus noch andere Möglichkeiten geben kann, beschreibt

Friedrich Stampfer in seinem Buch "Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik". Hier berichtet er, wie sich 1928 die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung gegenüber den mit dem Mittel der Aussperrung gegen 13 000 Metallarbeiter operierenden Arbeitgebern der nordwestdeutschen Metallindustrie verhielt. In dem damaligen Machtkampf gab der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell im Reichstag die Erklärung ab, daß das Reich bereit sei, zur Unterstützung der Ausgesperrten finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wörtlich schreibt Friedrich Stampfer:

- * "Nun sprang das Reich ein und trat damit schützend an die
- * Seite der Arbeiter. Es wurde beschlossen, den Unverheir-
- * teten 8 bis 12 Mark, den Verheirateten 16 Mark und 3,50 für
- * jedes Kind wöchentlich als Unterstützung zu gewähren. Diese
- * Unterstützung war allen Ausgesperrten ohne Bedürftigkeits-
- * prüfung und Rückzahlungspflicht bis zur Wiederkehr des Ar-
- * beitsfriedens, dh. bis zum ersten Lohnzahlungstag zu gewäh-
- * ren. Damit hatte sich also der außerordentliche Fall ereig-
- * net, daß eine Reichsregierung in einem Arbeitskampf öffent-
- * liche Mittel einsetzte und damit den aussperrenden Unterneh-
- * mern die Waffe der Aushungerung aus der Hand schlug. Das war
- * nur dadurch möglich geworden, daß die entscheidenden Posten,
- * Arbeitsministerium und Finanzministerium, damals mit Sozial-
- * demokraten besetzt waren."

Die sicherlich nicht beneidenswerte Aufgabe des damaligen Reichsinnenministers Carl Severing war es, diesen schweren Arbeitskampf in der nordwestdeutschen Metallindustrie mit einem für beide Seiten verbindlichen Schiedsspruch zu beenden; denn "jeder Schlichter war dazu bestimmt, die Rolle des Prügelknaben zu spielen."

Immerhin bleibt die Tatsache zu verzeichnen, "daß sich der Staat mit seinen finanziellen Machtmitteln auf die Seite der Arbeiter gestellt hatte". Diese historische Erinnerung sollte die verantwortlichen Minister der Bundesregierung zu der Überlegung anregen, welche Möglichkeiten ihnen gegeben sind, den heutigen Unternehmern die verantwortungslos gebrauchte Waffe der Aussperrung aus der Hand zu schlagen, um auf diese Weise nicht-widdergutsamachenden Schaden von unserer Volkswirtschaft und der darunter leidenden Allgemeinheit abzuwenden.

Der Wirtschaftsexperte der SPD, Dr. Heinrich Beist, hat sich kürzlich eindeutig zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie bekannt, aber auch auf die Verpflichtung des Staates hingewiesen, falls sich aus einem Tarifkonflikt Gefahren für die Allgemeinheit ergeben, als Mittler tätig zu werden. Er sagte wörtlich:

- * "Aber diese Aufgabe kann er nur mit Aussicht auf Erfolg er-
- * füllen, wenn seine Repräsentanten sich so verhalten, daß
- * sie von beiden Seiten als ehrliche Makler anerkannt werden
- * können. Bundesarbeitsminister Blank hat leider wieder ein-
- * mal gegen diesen fundamentalen Grundsatz verstoßen, als er
- * erklärte, eine Lohnerhöhung von mehr als 4 Prozent gefährde
- * die Preisstabilität. Mit dieser einseitigen Parteinahme zu
- * Gunsten eines Tarifpartners, nämlich der Arbeitgeberseite,
- * hat sich der Bundesarbeitsminister, der an oberster Stelle
- * für die Erhaltung des sozialen Friedens verantwortlich ist,
- * selbst disqualifiziert."

Ein Lichtblick

Gute Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und sowjetischen Roten Kreuz

sp. - Die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und dem sowjetischen Roten Kreuz kann gegenwärtig als gut und reibungslos bezeichnet werden. Der Präsident des Sowjetischen Roten Kreuzes Professor Miterew hat der russischen Presseagentur APN ein Interview über die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz gegeben. Das Deutsche Rote Kreuz hat es begrüßt, daß Miterew die Zusammenarbeit als bedeutsam und wirkungsvoll anerkannte und hat dieses Interview in seinen Mitteilungsblättern im Bundesgebiet verbreitet.

Vor gut fünf Jahren wurde zwischen den beiden Rot-Kreuz-Gesellschaften ein Abkommen unterzeichnet und seitdem hat das Sowjetische Rote Kreuz die rund hunderttausendste Suchanzeige des Roten Kreuzes der Bundesrepublik beantwortet. Auf diesen Sachbereich erstreckt sich nun besonders der Inhalt des Interviews. Nach den Angaben von Miterew kommen die meisten Nachfragen über Vermisste aus der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone. In dem Zusammenhang beklagt sich Miterew darüber, daß die Angehörigen von Vermissten immer erneut Anfragen schicken, auch dann wenn es nicht möglich war, ihr Verbleiben in Rußland festzustellen: "Leider können wir aber einen Menschen, der bei uns nicht lebt, nicht heimführen".

Miterew wies ausdrücklich darauf hin, daß es in der Sowjetunion keine deutschen Kriegsgefangenen mehr gibt; eine Auffassung, die übrigens auch vom Deutschen Roten Kreuz geteilt wird. Der Präsident der sowjetischen Rot-Kreuz-Gesellschaft hat versichert, daß jede russische Auskunft exakt und vollkommen eindeutig sei. Keine sowjetische Dienststelle oder Organisation behindere die russische Rot-Kreuz-Gesellschaft bei ihrer Arbeit und Vermisstensuche.

Für das gute Klima, das zwischen den beiden Rot-Kreuz-Gesellschaften herrscht, ist auch kennzeichnend, daß Miterew sich für die Auskünfte bedankt, die er vom Deutschen Roten Kreuz erhielt: "Auch wir wandten uns in den abgelaufenen fünf Jahren an den DRK-Suchdienst der Bundesrepublik mit zahlreichen Anfragen und haben bereits auf viele davon Antworten erhalten. Wir sind unseren deutschen Kollegen für die umfangreiche und häufig sehr mühselige Arbeit, die sie leisteten und leisten, um vermisste Sowjetbürger ausfindig zu machen, von Herzen dankbar."

Die Militärs in Lateinamerika

Generäle beschatten die Wahlen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der zunächst "letzte" Militärputsch in Argentinien hat die Aufmerksamkeit der Welt und vor allem der amerikanischen Völker erneut auf die seltsame Rolle gelenkt, welche Generäle und Admiräle in der Politik vieler lateinamerikanischer Länder spielen oder spielen wollen. A r g e n t i n i e n ist der zweitgrößte Staat Südamerikas; am 23. Juni soll dort ein neues Parlament gewählt werden. Die Frage, ob diese Wahlen im Schatten der Generalität stehen oder von den Auseinandersetzungen der verschiedenen Offizierscliquen geprägt werden, stellt sich umso mehr, als sie eine Wiederholung von Wahlen sind, die von der Generalität in putschistischer Form annulliert wurden.

Ähnliches gilt für die Präsidentenwahlen, die im drittgrößten Land des lateinamerikanischen Kontinentes, in P e r u, schon vorher, nämlich am 9. Juni, stattfinden sollen. Auch hier hatten die Militärs die verfassungsmäßig im vergangenen Jahre stattgefundenen Wahlen annulliert, die zivile Regierung abgesetzt und - noch weitergehend, als die argentinischen Generäle - sich selbst als Regierung eingesetzt.

Nimmt man hinzu, daß in einem dritten lateinamerikanischen Staat schon am 10. Februar eine Wahlfarce vor sich ging, mit der sich der seit Mai 1954 diktatorisch regierende General Strössner ein ihm genehmes Parlament schuf, daß weiter in G u a t e m a l a in diesen Tagen die Generäle das rechtmäßig regierende Staatsoberhaupt absetzten und es in B r a s i l i e n ebenfalls zwischen Zivilgewalt und Militär kriselt, so ergibt sich das Bild eines nicht nur von zivilen, sondern auch von uniformierten Herrschaftsansprüchen durchwirbelten Kontinentes.

Regierungen gestürzt, aber nichts geändert

Dabei muß hervorgehoben werden, daß meist die direkte oder indirekte Übernahme der Staatsgewalt durch die Militärs politisch und wirtschaftlich zum mindesten nicht vermochte, die Schäden zu beseitigen, welche die Generäle angeblich zur Machtergreifung "genötigt" hatten. Das gilt nicht zuletzt für Argentinien.

Wenn heute argentinische Generäle und Admiräle die Ausschaltung der sogenannten "Peronisten" aus den Wahlen fordern, so sollten sie daran erinnert werden, daß der Peron nicht als Führer einer Volksbewegung zum Diktator aufstieg, sondern von putschenden Generalen gewissermaßen zur Übernahme eines Ministeramtes abkommandiert wurde. Und wenn bis heute peronistische Anhänger feste Stellungen in der Politik und sogar in den Gewerkschaften bewahren konnten, so trägt die Schuld daran nicht zuletzt die Admiralität, die Peron gewaltsam stürzte, und die nach seinem Sturz gebildeten provisorischen Regierungen der Generäle Lonardi und Aramburu, welche die peronistischen Funktionärskörper gegen ihre Ausschaltung durch die zurückkehrenden antiperonistischen Emigranten in Schutz nahmen.

Die seit dem gleichfalls durch das Militär herbeigeführten Sturz der parlamentarischen Regierung Frondizi im vorigen Jahre stattgefundenen inneren Machtkämpfe zwischen Admirälen, Generalen und Luftwaffenobersten führten nicht nur zu reichlichen Ministerwechseln in der von

der Generalität "provisorisch" zugelassenen Regierung des ehemaligen Parlamentspräsidenten Guido, sondern zu einer wirtschaftlichen und politischen Depression, welche die kommende gewählte oder zugelassene Regierung vor schwerste Aufgaben stellt.

Es wird weiter geputscht

Auch die peruanische Generalsdiktatur hat nicht vermocht, innere Kämpfe zwischen den Streitkräften des Landes zu vermeiden. Durch einen Abbruch der Beziehungen vonseiten der Vereinigten Staaten und demokratischer Länder Lateinamerikas gezwungen, ein gewisses Maß innenpolitischer Freiheit und Rechte, z.B. Bestand und Tätigkeit der freien Gewerkschaften, zuzulassen, mußte sie verschiedentlich Waffen gegen Rebellionen einzelner Bruppenteile einsetzen und ebenfalls gab es Wechsel im Kabinett, bei denen Polizei, Marine, und Landtruppen sich mit geladenen Gewehren gegenüberstanden.

Im eben vergangenen März mußte der General Godoy einem anderen, dem General Lindley, das Präsidentenamt übergehen. Der neue Machthaber hat sich zur Abhaltung der Wahlen bekannt, aber noch ist es ungewiss, ob der Mann, welcher bei den vom Militär annullierten Wahlen im Vorjahre die größte Stimmenzahl erreichte, der Führer der Apristabewegung, Haya de la Torre, wieder kandidieren darf.

Haya de la Torre, der sich der Verhaftung durch die Militärs im Jahre 1962 zu entziehen vermochte, ist aus der Emigration nach Peru zurückgekehrt. Die lateinamerikanische Zweigorganisation des Internationalen Bundes der Freien Gewerkschaften, die ORIT, sagte ihm bei der Durchreise durch Mexiko ihre volle Unterstützung zu und setzt sich für freie demokratische Wahlen ein. Wird sich der neue Diktator, General Lindley, diesem Verlangen, hinter dem auch Washington und die demokratischen Kreise Lateinamerikas stehen, beugen?

+ + +

Willkür

sp - Nach einem vom Oberhaus der Südafrikanischen Union verabschiedeten Gesetz sind alle Polizeioffiziere ermächtigt, Personen ohne Haftbefehle 90 Tage lang einzusperren, ohne daß eine Einspruchsmöglichkeit vor ordentlichen Gerichten gegeben wird. Der Justizminister kann darüber hinaus aus eigener Machtvollkommenheit Personen, die schon Gefängnisstrafen wegen politischer Delikte verbüßt haben, wieder auf unbefristete Zeit ins Gefängnis werfen lassen. Im Ausland lebenden, auf den Sturz der Regierung hinwirkenden Südafrikanern steht im Falle ihrer Rückkehr der Tod durch den Henker bevor.

Mit diesem barbarischen Gesetz sind der Willkür und dem Despotismus Tür und Tor geöffnet. Es richtet sich in erster Linie gegen die schwarze Mehrheit des Landes, aber auch gegen Weiße, denen das Gewissen höher steht als die Befolgung von blindem Rassenhaß diktierten Regierungsdekreten. Die südafrikanische Regierung nimmt dabei bewußt die Brückierung der Vereinten Nationen in Kauf. Der Generalversammlung liegt ein Entwurf der Menschenrechtskommission vor, der ausdrücklich auf die Politik der Rassendiskriminierung Bezug nimmt und die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes zum Schutz der Menschenrechte beantragt. Die Südafrikanische Union setzt sich darüber hinweg, für sie gilt nicht das Gesetz zivilisierten Nationen. Die Folgen solchen Verhaltens werden eines Tages fürchterlich sein.

+ + +